



Umstellung auf ESVG 2010

Auswirkungen für Österreich

September 2014

ANALYSEN

BANK AUSTRIA
ECONOMICS &
MARKET ANALYSIS
AUSTRIA

ESVG 2010 Umstellung führt zu starkem Anstieg der öffentlichen Verschuldung in Österreich - etwas stärker als erwartet

- **Fazit: Die Neuberechnung der Daten gemäß ESVG 2010 hatte nur geringen Einfluss auf die Budgetdaten, jedoch eine beachtliche Erhöhung des öffentlichen Verschuldungsstands zur Folge. Im Wesentlichen sind die Auswirkungen der neuen Methodik für die österreichischen öffentlichen Finanzen im Vorfeld bereits bekannt gewesen, wenn auch das Ausmaß des Anstiegs der Verschuldung aufgrund der Einrechnung der KA Finanz mit immerhin 6,7 Prozentpunkten erheblich über unseren Erwartungen liegt. Obwohl das Defizit 2014 mit 2,8 Prozent des BIP die Staatsschuld in Prozent des BIP lediglich um knapp einen Prozentpunkt erhöhen würde, wird die Schaffung der Abwicklungsanstalt der HAA Österreichs Staatsschuld bis Ende 2014 nochmals um 4,8 Prozentpunkte erhöhen, sodass Österreichs Gesamtschuldenstand 86,9 Prozent des BIP betragen wird, damit jedoch weiterhin unterhalb des Durchschnitts der Länder der Eurozone liegt. Wir gehen davon aus, dass sich trotz der höheren Verschuldungszahl das Bonitätsrating der Republik Österreich nicht verändern wird. Standard & Poor's hat erst am 26. September das Langfrustrating von AA+ bestätigt und dabei explizit die ESVG-Umstellung und auch die zusätzlichen Schulden aufgrund der HAA in ihre Beurteilung eingerechnet.**
- Nach der Neuberechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010 hat die Statistik Austria am 30. September 2014 nun auch die Ergebnisse gemäß ESVG 2010 für die öffentlichen Finanzen von 1995 bis 2013 veröffentlicht. Hier die Ergebnisse der Umstellung von ESVG 95 auf die neue Methodik für Österreich, die ab September 2014 von allen EU-Mitgliedsländern verpflichtend anzuwenden ist:
- Das nominelle Bruttoinlandsprodukt erhöht sich gegenüber der alten Methodik im Jahr 2013 um insgesamt 9,5 Mrd. Euro. Die österreichische Wirtschaftsleistung betrug damit im abgelaufenen Jahr 322,6 Mrd. Euro (bisher: 313,1 Mrd. EUR). Die wesentlichste Neuerung gegenüber dem bisher gültigen ESVG 1995 stellt die Erweiterung des Investitionsbegriffs dar. Quantitativ am bedeutsamsten ist dabei die Kapitalisierung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die nun als geistiges Eigentum den Bruttoanlageinvestitionen zugerechnet werden und das BIP deshalb erhöhen. Ebenfalls neu ist die Behandlung von militärischen Waffensystemen als Anlagegüter. Dies hat jedoch in Österreich nur geringfügige Auswirkungen auf die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Abgrenzung von Wirtschaftseinheiten nach Marktproduzenten und Nicht-Marktproduzenten – und davon abgeleitet die Zugehörigkeit zum privaten oder staatlichen Sektor – wurde ebenfalls neu definiert. Eine Reihe von Einheiten (Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen) erfüllten die neuen Kriterien für Marktproduzenten nicht mehr und wurden deshalb zum Sektor Staat umgebucht. Diese Änderung bewirkte ebenfalls eine Erhöhung des BIP.
- Stark wirkte sich die neue Abgrenzung zwischen privaten und staatlichen Sektor auf die öffentlichen Finanzen aus. Die Umsetzung der Bestimmungen des ESVG 2010 in Österreich führten zu einer Reklassifikation von insgesamt 1.400 Einheiten zum Sektor Staat.

**Autoren: Stefan Bruckbauer
Walter Pudschedl**

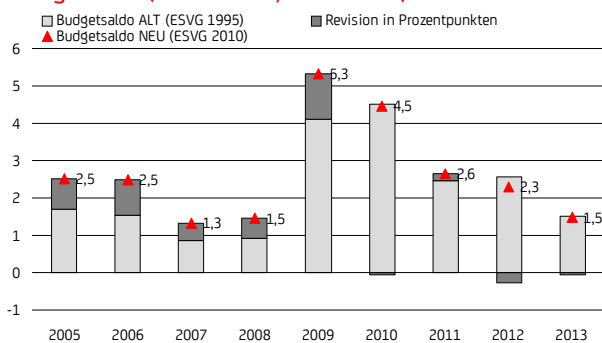
Impressum
Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
UniCredit Bank Austria AG
Economics & Market Analysis Austria
Schottengasse 6-8
1010 Wien
Telefon +43 (0)50505-41951
Fax +43 (0)50505-41050
e-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: September 2014

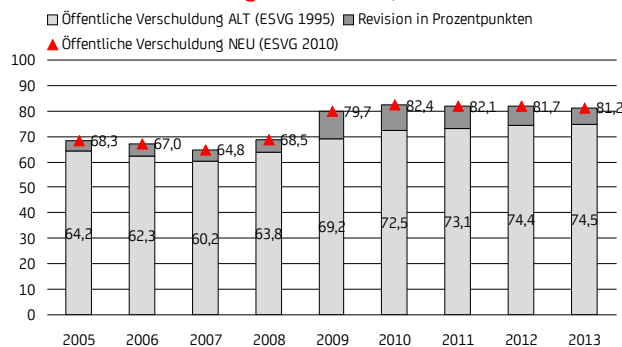
- Der Einfluss der Revisionen auf das öffentliche Budget war insgesamt relativ gering, in sechzehn Jahren seit 1995 sorgte die Umstellung jedoch für höhere Budgetdefizite. Nur in zwei Jahre – 2010 und 2012 – ergibt sich nun ein geringeres Defizit. Für das Jahr 2013 wird unverändert ein Budgetdefizit von 1,5 Prozent des BIP ausgewiesen, da sich die einzelnen Zu- bzw. Abrechnungspunkte weitgehend aufgehoben haben.
- Bei der Neuberechnung der öffentlichen Verschuldung gemäß ESGV 2010 gab es hingegen die erwarteten beachtlichen Veränderungen aufgrund der Änderung der Regelung für die Zuordnung zu privaten bzw. staatlichen Sektor. Der Stand der öffentlichen Verschuldung liegt in absoluten Größen für alle Jahre der Revisionsperiode 1995-2013 über den bisherigen Werten. Für das Jahr 2013 ergibt sich eine um 28,7 Mrd. Euro höhere Verschuldung. Der Verschuldungsstand betrug damit Ende 2013 262 Mrd. Euro (bisher: 233,3 Mrd. Euro). In Relation zum BIP ergibt sich damit eine öffentliche Gesamtverschuldung von 81,2 Prozent, um 6,7 Prozentpunkte höher als bisher. Allerdings hat sich durch die neueinberechneten Einheiten der Trendverlauf der vergangenen Jahre verändert. Der bisherige Höchstwert wurde im Jahr 2010 mit 82,4 Prozent des BIP erreicht, seitdem sinkt die Verschuldung kontinuierlich.
- Den stärksten Einfluss auf die Revision der Verschuldungszahlen in Österreich hatte die Neuzurechnung zum Sektor Staat der ÖBB-Infrastruktur (Infrastrukturgesellschaft der ÖBB) und der ÖBB-Personenverkehr (2013 insgesamt: +10,5 Mrd. EUR), der KA-Finanz („Bad Bank“ der Kommunalkredit - +7,2 Mrd. EUR), der BIG (Bundesimmobiliengesellschaft – 3,8 Mrd. EUR), der Wiener Linien (Öffentliche Transport Wien – 0,5 Mrd. EUR) sowie einiger Krankenanstalten (insgesamt: 0,5 Mrd. EUR). Nennenswerte Auswirkungen hatte insgesamt betrachtet auch die Neubehandlung zahlreicher Errichtungs- und Betriebsgesellschaften im Immobilienbereich, vor allem auf Gemeindeebene.

UMSTELLUNG AUF ESGV 2010 GERINGE AUSWIRKUNGEN AUF BUDGETZAHLEN, GRÖßERE AUSWIRKLUNGEN BEI VERSCHULDUNG

Budgetdefizit (Gesamtstaat, in % des BIP)



Öffentliche Verschuldung (Gesamtstaat, in % des BIP)

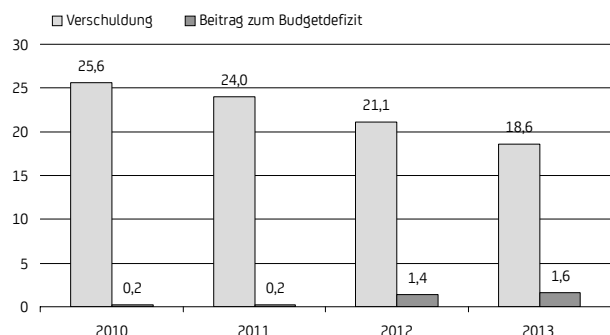


Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

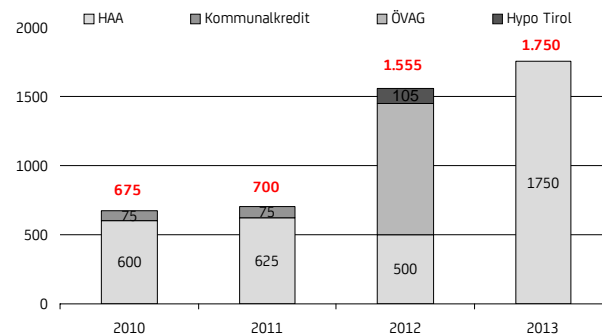
- Nach Angaben der Statistik Austria ist das Bankenpaket in Österreich verantwortlich für eine zusätzliche Staatsverschuldung von 18,6 Mrd. Euro (entspricht 5,8 Prozent des BIP) per Ende 2013. Gegenüber dem bisherigen Wert schlägt sich die Einrechnung des Schuldenstands der KA Finanz im Umfang von 7,2 Mrd. Euro (2,2 Prozent des BIP) erhöhend nieder. Auch auf die Budgetentwicklung hatte dieser Revisionspunkt maßgeblichen Einfluss. Im Jahr 2013 mussten 1,6 Mrd. Euro Defizit erhöhend verbucht werden. Haftungsentgelten und Dividenden standen neben unterstellten Zinsen auch Zuschüsse von 1,75 Mrd. Euro gegenüber, die ausschließlich auf die HAA entfallen.

AUSWIRKLUNGEN DES BANKENPAKETS AUF BUDGET UND VERSCHULDUNG

Bankenpaket: Defizitbeitrag und Schuldenstand (in Mio EUR)



Zuschüsse pro Bank (in Mio EUR)



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

- Aufgrund der Umstellung auf ESVG 2010 sehen wir keinen Handlungsbedarf, unsere Einschätzung zur Budgetentwicklung zu ändern. Obwohl die heimische Wirtschaft einen nur sehr moderaten Wachstumskurs beschreibt, steigen die Steuereinnahmen bisher weiter an. Das Plus im Jahresvergleich ist mit durchschnittlich mehr als 4 Prozent von Jänner bis Juli 2014 nur geringfügig niedriger als im Vorjahr und liegt im Plan. Entsprechend dem sogenannten Mid-term-Review, der halbjährlichen Kontrolle der einzelnen Ressortbudgets, zeichnet sich hingegen bei den Ausgaben eine leichte Überschreitung des Plans ab, der vor allem auf den Sozialbereich (Arbeitsmarkt und Pensionszuschüsse) zurückzuführen ist. Insgesamt scheint aber die Einhaltung des Budgetvoranschlags, der ein Maastricht-Defizit von 2,7 Prozent des BIP im Jahr 2014 vorsieht, weitgehend möglich. Wir gehen aufgrund des nunmehr schwächeren Konjunkturtrends sowie gewisser Risiken hinsichtlich der kompletten Umsetzung der einzelnen Regierungsmaßnahmen (z.B. Zielerreichung bei der Anhebung des tatsächlichen Pensionsalters) von einem nur leicht darüber liegenden Fehlbetrag von 2,8 Prozent des BIP im Jahr 2014 aus. Für das Jahr 2015 erwarten wir, wie im Jahr 2013 realisiert, ein Budgetdefizit von 1,5 Prozent des BIP, da keine Sonderbelastungen durch die Einrichtung der Abwicklungseinheit der HAA mehr anfallen werden.
- Aufsetzend auf den revidierten Daten der Neuberechnung wird die öffentliche Verschuldung nach unserer Einschätzung aufgrund der Neuverschuldung und der Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung (inklusive 17,8 Mrd. Euro für die Einrichtung der Abbaugesellschaft der HAA) bis Ende 2014 auf rund 87 Prozent des BIP steigen. 2015 ist dann wieder mit einem Rückgang der öffentlichen Verschuldung in Relation zum BIP rechnen.
- **Fazit: Die Neuberechnung der Daten gemäß ESVG 2010 hatte nur geringen Einfluss auf die Budgetdaten, jedoch eine beachtliche Erhöhung des öffentlichen Verschuldungsstands zur Folge. Im Wesentlichen sind die Auswirkungen der neuen Methodik für die österreichischen öffentlichen Finanzen im Vorfeld bereits bekannt gewesen, wenn auch das Ausmaß des Anstiegs der Verschuldung aufgrund der Einrechnung der KA Finanz mit immerhin 6,7 Prozentpunkten erheblich über unseren Erwartungen liegt. Obwohl das Defizit 2014 mit 2,8 Prozent des BIP die Staatsschuld in Prozent des BIP lediglich um knapp einen Prozentpunkt erhöhen würde, wird die Schaffung der Abwicklungsanstalt der HAA Österreichs Staatsschuld bis Ende 2014 nochmals um 4,8 Prozentpunkte erhöhen, sodass Österreichs Gesamtschuldenstand 86,9 Prozent des BIP betragen wird, damit jedoch weiterhin unterhalb des Durchschnitts der Länder der Eurozone liegt. Wir gehen davon aus, dass sich trotz der höheren Verschuldungszahl das Bonitätsrating der Republik Österreich nicht verändern wird. Standard & Poor´s hat erst am 26. September das Langfrustrating von AA+ bestätigt und dabei explizit die ESVG-Umstellung und auch die zusätzlichen Schulden aufgrund der HAA in ihre Beurteilung eingerechnet.**

PROGNOSE 2010-2015

	2010	2011	2012	2013	Prognose	
					2014	2015
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,9	3,1	0,9	0,2	0,6	1,6
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,5	8,4
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %)**)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,8	1,1
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,5	-2,6	-2,3	-1,5	-2,8	-1,5
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	82,4	82,1	81,7	81,2	86,9	85,4

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karentgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen

Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Analysen der Abteilung Economics and Market Analysis Austria der Bank Austria finden Sie im Internet unter www.bankaustria.at / Über uns / Mediathek / Wirtschaftsanalysen & Studien / Österreich oder direkt unter <http://www.bankaustria.at/mediathek-wirtschaftsanalysen-und-studien-oesterreich-konjunkturuueberblick.jsp> und auf unserer Plattform Wirtschaft Online unter <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>.

Wenn Sie über die neuesten Veröffentlichungen informiert werden wollen, laden wir Sie ein, sich für den Newsletter - die Bank Austria EconomicNews - unter https://nlreg.bankaustria.at/reg_econews_d.htm zu registrieren.

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG

1010 Wien, Schottengasse 6 – 8

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Willibald Cernko (Vorsitzender des Vorstandes), Gianni Franco Papa (stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes), Helmut Bernkopf, Francesco Giordano, Dieter Hengl, Jürgen Kullnigg, Doris Tomanek, Robert Zadrazil.

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Erich Hampel (Vorsitzender des Aufsichtsrates), Paolo Fiorentino (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates), Alessandro Decio, Olivier Nessime Khayat, Johannes Koller, Adolf Lehner, Alfredo Meocci, Roberto Nicastro, Vittorio Ogliengo, Franz Rauch, Josef Reichl, Karl Samstag, Wolfgang Spießler, Ernst Theimer, Robert Traunwieser, Michaela Vrzal, Barbara Wiedernig.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,995% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link

<https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html>

sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie

die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,005% am Medieninhaber beteiligt.